Landtag Nordrhein-Westfalen 16. Wahlperiode

n

Ausschussprotokoll APr 16/308

12.07.2013

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

26. Sitzung (öffentlich)

12. Juli 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 9:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Änderung des Krebsregistergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3206

Der Ausschuss kommt überein, keine Anhörung zu diesem Gesetzentwuf durchzuführen. Die Beratung im AGS-Ausschuss ist für die erste Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause vorgesehen.

3

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales 26. Sitzung (öffentlich)

12.07.2013 Roe

2 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPA NRW)

4

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3388

Der Ausschuss beschließt, zu diesem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. (Im Nachgang zur Sitzung werden als Anhörungstermin der 12. und 13. September 2013 festgelegt.)

3 Verschiedenes

5

Die AGS-Ausschusssitzung am 17. Juli 2013 entfällt.

Die erste AGS-Ausschusssitzung nach der parlamentarischen Sommerpause findet am 11. September 2013 statt.

(Im Nachgang der Sitzung wird entschieden, am 12. und 13. September 2013 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum GEPA NRW Drucksache 16/3388 durchzuführen.)

Der für den 18. September 2013 vorgesehene AGS-Ausschusssitzungstermin entfällt.

* * *

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales 26. Sitzung (öffentlich)

12.07.2013 Roe

Aus der Diskussion

- 3 -

1 Gesetz zur Änderung des Krebsregistergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3206

Vorsitzender Günter Garbrecht weist darauf hin, dass das Plenum diesen Gesetzentwurf am 19. Juni 2013 nach erster Lesung einstimmig an den AGS-Ausschuss überwiesen habe, und stellt sodann auf Nachfrage im Ausschuss fest, dass eine Anhörung nicht gewünscht und der Gesetzentwurf in der ersten AGS-Ausschusssitzung nach der Sommerpause zur weiteren Beratung aufgerufen werde.